

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

**zur Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Müller (Bremen), Vogel (München), Tatge
und der Fraktion DIE GRÜNEN**
— Drucksachen 10/3855, 10/4549 —

**Haushaltspolitische, ökologische und entwicklungspolitische Risiken
der Ausfuhrbürgschaften**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Das Instrument der Ausfuhrbürgschaften des Bundes ist auch weiterhin unverzichtbar.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Ausfuhrbürgschaften
 - für den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern außerhalb des NATO-Bereichs,
 - für den Export von Produktion und Anlagen, die in der Bundesrepublik Deutschland aus ökologischen Gründen nicht zugelassen sind (wie z. B. Schnellbrutreaktoren),zukünftig nicht mehr zu erteilen.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Ausfuhrbürgschaften für Exporte nach Südafrika zukünftig nicht mehr zu erteilen.

Bonn, den 20. Februar 1986
Dr. Vogel und Fraktion

